

neue Wehrmacht nicht mehr genügen. Unsere Aufgabe ist es, ihnen zu helfen, die weiteren Schritte zu tun. Die SPD hat zum Beispiel mit der Begründung gegen die EVG gestimmt, daß sie ein Kleineuropa schaffe. Das ist nur ein anderer Ausdruck für Molotows Feststellung, daß die EVG eine Mächtegruppe unter amerikanischem Oberbefehl gegen die anderen europäischen Staaten darstellt. Wer also ernsthaft gegen Kleineuropa ist, der muß jetzt für die kollektive Sicherheit ganz Europas eintreten, wie sie im sowjetischen Vorschlag für einen gesamteuropäischen Vertrag formuliert ist.

Die SPD erklärt mit Recht, daß der EVG-Vertrag die Wiedervereinigung Deutschlands erschwert, ja, sogar unmöglich macht. Indem der sowjetische Vorschlag für die kollektive Sicherheit den Anschluß sowohl der Deutschen Demokratischen Republik als auch der Bundesrepublik an den gesamteuropäischen Vertrag vorsieht und die Wiederaufrüstung Westdeutschlands ausschließt, schafft er neue günstige Bedingungen für die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichen und demokratischen Grundlagen. Ebendarum muß jeder aufrichtige Sozialdemokrat nach der Ablehnung der EVG auch den nächsten Schritt tun und für den gesamteuropäischen Vertrag eintreten, der den Frieden sichert und beide Teile Deutschlands zusammenführt.

Diese beiden Beispiele sollen nur zeigen, daß es für uns heute nicht mehr genügen darf, die Haltung der SPD-Führer nur zu kennzeichnen, sondern daß wir den Massen der sozialdemokratischen Anhängerschaft, ausgehend von den Stellungnahmen ihrer Partei, die nächsten notwendigen Schritte zeigen müssen, die im Kampf um die demokratische Einheit und die Sicherung eines dauerhaften Friedens getan werden müssen.

Noch konkreter und praktischer aber müssen unsere Vorschläge für den Kampf gegen die Wiederherstellung des Militarismus in Westdeutschland sein. Hier kann an Genossen Dimitroffs Darlegung auf dem VII. Weltkongreß der Komintern, wie der Machtantritt des Faschismus hätte verhindert werden können, erinnert werden. Er sagte unter anderem, die deutsche Arbeiterklasse hätte nicht zulassen dürfen, daß die Braun-Severing-Regierung den RFB verbot, sie hätte die Preußenregierung vielmehr zwingen müssen, Verteidigungsmaßnahmen gegen den Faschismus zu ergreifen.

Auch in der Bundesrepublik gibt es noch sozialdemokratische Koalitionsregierungen, sozialdemokratische Ministerpräsidenten und